

## **Katholischer Arbeitskreis in der CDU Sachsen**

### **- Unser Standpunkt zu Asyl und Migration –**

Zuwanderungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik rücken aufgrund der steigenden Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Diskussion.

Man könnte den Eindruck erhalten, dass es in dieser Diskussion nur die Extreme einer unbedingten Aufnahme aller Menschen und einer ebenso pauschalen Ablehnung gibt. Eine kontinuierliche differenzierte Auseinandersetzung ist aus unserer Sicht möglich und nötig.

Der Katholische Arbeitskreis in der CDU Sachsen begrüßt und unterstützt den Leitanspruch „Solidarität leben, Integration ermöglichen, Zuwanderung steuern“ an den 30. Landesparteitag, der auch die notwendigen Differenzierungen vornimmt. Wir wollen mit dieser Stellungnahme ausgewählte Aspekte des Leitanspruches besonders unterstützen und hinterfragen.

Es ist für uns wichtig zu ergänzen, dass der Schutz von Flüchtlingen und politisch Verfolgten, von Menschen, die um Leib und Leben fürchten müssen, sich nicht nur aus dem selbstverständlichen Bekenntnis zum Grundgesetz und UN Flüchtlingskonvention ergibt. Als Katholiken ist unser Kompass klar vorgegeben: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ (Lev. 19,18) ist eines der Grundgebote christlichen Lebens. Die Erfüllung dieses Gebotes der Nächstenliebe ist die Grundlage der Aufnahme von Asylanten und Flüchtlingen. Papst Franziskus: „Man kann nicht gleichgültig bleiben angesichts von Menschen, die unter Krieg und Gewalt leiden.“

Es gibt jedoch viele Menschen auf dieser Welt, die im Elend leben, die Hilfe brauchen, denen wir unsere Nächstenliebe widmen könnten. Das würde unsere Möglichkeiten übersteigen. Dies war vor 2000 Jahren nicht anders. Deshalb stellt der Schriftgelehrte auch die Frage: „Wer ist mein Nächster?“ (Lk. 10, 29). Darauf antwortet Jesus nicht pauschal und überfordernd mit „alle die Hilfe brauchen“, sondern mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter, dass es letztlich um den konkreten einzelnen Menschen geht.

Der Katechismus der katholischen Kirche drückt das so aus:

„2241 Die wohlhabenderen Nationen sind verpflichtet, soweit es ihnen irgend möglich ist, Ausländer aufzunehmen, die auf der Suche nach Sicherheit und Lebensmöglichkeiten sind, die sie in ihrem Herkunftsland nicht finden können. Die öffentlichen Autoritäten sollen für die Achtung des Naturrechts sorgen, das den Gast unter den Schutz derer stellt, die ihn aufnehmen.

Die politischen Autoritäten dürfen im Hinblick auf das Gemeinwohl, für das sie verantwortlich sind, die Ausübung des Einwanderungsrechtes verschiedenen gesetzlichen Bedingungen unterstellen und verlangen, dass die Einwanderer ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gastland nachkommen. Der Einwanderer ist verpflichtet, das materielle und geistige Erbe seines Gastlandes dankbar zu achten, dessen Gesetzen zu gehorchen und die Lasten mit zu tragen.“

Der Staat hat also im Interesse der Bürger seines Landes die Pflicht, hier regelnd einzugreifen, und die Menschen, die zu uns kommen haben die Pflicht, das Gastland und seine Bürger zu achten. Das setzt voraus, dass sich auch die Bürger in Deutschland zu ihrer abendländischen und christlichen Leitkultur bekennen und danach leben.

Das Recht von politisch Verfolgten und Flüchtlingen auf Schutz darf nicht in Frage gestellt, aber auch nicht missbraucht werden, wie z.B. auch der EAK - Bundesvorstand betont. Oder wie es ein Schweizer Journalist ausgedrückt hat: „Ein Asylrecht, das seinen eigenen Missbrauch toleriert, schafft sich ab.“ (R. Köppel). Das ist nicht im Interesse der schutzbedürftigen Menschen und muss deshalb verhindert werden.

Das Gastrecht wird nach unserer Auffassung dort missbraucht, wo Menschen die zu uns kommen, Straftaten i.S. des StGB begehen und damit, Leib, Leben, Gesundheit, Ehre, Eigentum etc. der Bürger unseres Landes gefährden oder schädigen.

Aber auch als Katholiken dürfen wir es nicht zulassen, dass ethnische und religiöse Konflikte nach Deutschland importiert werden. Hier steht dann z.B. die Nächstenliebe zu unseren Brüdern und Schwestern, die in ihren Heimatländern wegen ihres christlichen Glaubens verfolgt werden, im Fokus, wie es Apostel Paulus im Galaterbrief an-

deutet: „Deshalb wollen wir, solange wir noch Zeit haben, allen Menschen Gutes tun, besonders aber denen, die mit uns im Glauben verbunden sind. (Gal. 6, 9,10)“

Deshalb ist der Satz im Leitantrag der CDU Sachsen wichtig, um die Akzeptanz für den Schutz von Verfolgten bei der Bevölkerung zu erhalten: „Wir wollen Hürden im Verwaltungsverfahren abbauen, um abgelehnte Asylbewerber zügig abzuschieben. Das gilt erst recht für straffällig gewordene Personen oder Hassprediger.“

Der Leitantrag der Sächsischen Union stellt klar, dass Asyl- und Flüchtlingspolitik und Zuwanderungspolitik zwei streng zu trennende Bereiche sind. Wir bedauern, dass in der öffentlichen Diskussion aus Nachlässigkeit oder auch mit Vorsatz, um eigene politische Ziele durchzusetzen, eine Vermischung stattfindet, und so eine sachgerechte und ruhige Diskussion erschwert wird.

Zuwanderung von Menschen, die wir in unserem Land brauchen, oder Menschen, die sich in unserem Land bessere Lebensperspektiven erhoffen, misst sich nicht am Grundsatz der Nächstenliebe. Hier geht es nicht darum, Menschen zu helfen, die in existentieller Not sind, sondern darum Menschen eine Chance zu geben, die sich in unserer Gesellschaft integrieren wollen und die für uns als Gesellschaft hilfreich sind.

Viele Menschen kommen zu uns, die in ihren Heimatländern unter Armut und Unterentwicklung leiden. Dies ist menschlich verständlich. Manche werden von ihren Verwandten mit Geld unterstützt, um Schlepper bezahlen zu können, die sie nach Europa bringen. Von hier aus sollen sie dann ihre Verwandten in der Heimat unterstützen. Es ist jedoch völlig unmöglich, alle Menschen, die insbesondere in Afrika keine wirtschaftlichen Chancen sehen, in Deutschland aufzunehmen und ihnen hier eine gute Perspektive zu geben. Es ist richtiger und effizienter mit gezielter Entwicklungshilfe, die Hilfe zur Selbsthilfe ist, allen Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive zu geben. Es wäre unchristlich diesen Regionen bei der Entvölkerung zu helfen. Jede Region auf der Welt braucht ihre eigenen „Fachleute“, um zu wachsen.

Hier kann sich jeder z.B. über diverse kirchliche Hilfswerke persönlich wirksamer engagieren, als mit immer neuen utopischen Forderungen an den Staat und somit an die Steuerzahler.

Es ist nach unserer Meinung kein Zeichen christlicher Nächstenliebe, die unrealistischen Erwartungen von Menschen zu fördern und sie so zu motivieren, nicht nur kriminelle Schlepper zu unterstützen, sondern auch ihr Leben auf dem Weg nach Europa zu riskieren. Schnelle Entscheidungen und Abschiebungen können hier Anreize und damit auch Risiken für diese Menschen reduzieren.

Ein Weg wäre außerhalb der EU Zentren einzurichten, wo Flüchtlinge Schutz finden und Anträge auf legale Einreise und Verbleib in der EU stellen können, wie es Innenminister Dr. Thomas de Maizière und auch der Salzburger Weihbischof Andreas Laun vorgeschlagen haben. Andreas Laun zu Kath.net: „Was wirklich menschlich wäre: Man könnte der Küste entlang Büros einrichten, in denen Asylanträge geprüft werden. Die, denen man Asyl gewährt, könnte man mit ordentlichen Schiffen holen!“

Es ist zwingend notwendig, die Fluchtursachen zu untersuchen und zu bekämpfen, Frieden zu stiften und Armut zu verringern. Das ist eine sehr vielschichtige und regional sehr unterschiedliche Aufgabe. Hier ist die gesamte Staatengemeinschaft gefordert z.B. auch das UNHCR stärker zu unterstützen. Hilfswerke, die mit freiwilligen Spenden der Bürger, Entwicklungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, leisten ebenfalls bereits heute einen unverzichtbaren Beitrag.

Der Waffenhandel in Krisengebiete verschärft die Situationen in diesen Ländern und muss international geächtet werden.

Ein anderer Aspekt ist die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften. Diese Zuwanderung ist erwünscht, hilft es doch der Wirtschaft oder z.B. dem Gesundheitswesen. Aber auch hier muss die Frage gestellt werden, ist es richtig, armen Ländern auf Dauer qualifizierte Arbeitskräfte zu entziehen, die vor Ort gebraucht werden, um eine gute Entwicklung voran zu treiben? Wenn, was moralisch fragwürdig ist, gezielt Fachkräfte abgeworben werden, dann ist es nur logisch, dass andere Menschen wegen Perspektivlosigkeit nachkommen wollen.

Im Gegenteil, es sollte Aufgabe der entwickelten Staaten sein, mit Fachkräften, z.B. auch Pensionären, vor Ort zu helfen, dass global menschenwürdige Lebensbedingungen entstehen. Das Engagement staatlicher und privater Organisationen auf diesem Gebiet ist ausdrücklich zu begrüßen und zu fördern.

Prof. Martin Rhonheimer hat in einem Interview gesagt, „Als Katholik kann man über Eurorettung, Europäische Integrationspolitik, Sinn und Unsinn von Mindestlöhnen, Migrationspolitik oder Steuererhöhung ganz verschiedene Ansichten vertreten. Ich behaupte nicht, dass sie alle gleich richtig und vernünftig sind. Aber das muss nicht die Kirche entscheiden, es ist Aufgabe von eigenem Urteil und Sachverstand und soll von Katholiken in Freiheit ausdiskutiert werden können.“

Mit dieser Stellungnahme wollen wir in diesem Sinne unseren Beitrag zu dieser notwendigen Diskussion leisten.

Chemnitz, den 15.09.2015